

Dr. Inge Gräßle MdEP  
Europäisches Parlament  
Altiero Spinelli 15 E 130  
Rue Wiertz B-1047 Brüssel  
Tel.: 0032-2-2847868  
Fax.: 0032-2-2849868

## Pressemitteilung

### **Dr. Inge Gräßle ( EVP/ CDU): "Deutschland muss gegen das Rauchen energischer vorgehen"**

"Kein Land in der Europäischen Union liegt beim Nichtraucherschutz so weit zurück wie Deutschland", beklagt die Europaabgeordnete Dr. Inge Gräßle fest und fordert, dass Deutschland entschiedener gegen das Rauchen vorgehen solle. Die Tabakrichtlinie mit Werbeverbot für Tabakprodukte, die 2003 beschlossen wurde und seit 2005 in Kraft ist, wurde von Deutschland noch nicht umgesetzt. Sie verbietet die Werbung für Tabakprodukte in allen Medien, die Bürger in anderen Mitgliedstaaten erreichen.

Mit der ersten Stellungnahme des Europäischen Gerichtshofes am Dienstag, 13.06.2006 tritt das Verfahren beim Europäischen Gerichtshof, das die Rot-Grüne Regierung im September 2003 mit einer Klage gegen das Tabakwerbeverbot einleitete, in eine entscheidende Phase. Die Bundesregierung hatte ihre Klage damit begründet, dass die Richtlinie sich gegen lokale Medien richte, weshalb die EU nicht zuständig sei.

Dieser Auffassung hat gestern der Europäische Gerichtshof widersprochen. Eine Angleichung nationaler Vorschriften im Bereich der Tabakwerbung sei nötig, um die erheblichen Unterschiede zwischen den nationalen Regelungen auf dem Gebiet der Tabakwerbung, insbesondere in Print-Produkten, anzugleichen.

Sollte die Bundesrepublik im Verfahren unterliegen, droht ein Vertragsverletzungsverfahren wegen der Nichtumsetzung der Richtlinie. Dieses kann zu Strafzahlungen in erheblicher Höhe führen. " Unabhängig vom Ausgang des aktuellen Verfahrens müssen die Bemühungen gegen das Rauchen in Deutschland verstärkt werden", erklärt Dr. Inge Gräßle.

Der Gesundheitsschutz und somit auch der Kampf gegen das Rauchen stehe in der Europäischen Union mit an erster Stelle, so dass Deutschland seine Haltung in diesem Punkt ändern müsse, so die Europaabgeordnete:

"Deutschland sollte sich den europaweiten Erfolg zum Vorbild nehmen, denn der Erfolg gibt der Politik auf europäischer Ebene recht: der Anteil der Menschen in der EU, die zum ersten Mal zur Zigarette greifen, ist von 33% im Jahr 2002 auf 27 % im Herbst 2005 gesunken. Eine weitere Folge der

europaweiten Nichtraucherkampagne ist der Wunsch 80 % aller Europäer, das Rauchen an öffentlichen Orten zu verbieten."

In Deutschland dagegen gebe es noch Handlungsbedarf. Der Anteil der jugendlichen Raucher in Deutschland sei immer noch zu hoch. 18,5 % der deutschen 15-20-jährigen gaben an, regelmäßig zu rauchen, 5,1 % von ihnen gelegentlich. Die positive Entwicklung auf europäischer Ebene sollte deshalb von Deutschland mitgetragen werden, folgert die Heidenheimer Europaabgeordnete.